

Ganter/Jöbges/Stollenwerk
Das strafrichterliche Dezernat

Das strafrichterliche Dezernat

Die effektive Hauptverhandlung

von

Dr. Alexander Ganter

Vizepräsident des Landgerichts Mosbach aD

Jessica Jöbges

Richterin am Landgericht Bonn

Dr. Thomas Stollenwerk

Vizepräsident des Landgerichts Köln

3. Auflage 2026



Zitiervorschlag: Ganter/Jöbges/Stollenwerk Strafrichterl. Dezernat

beck.de

ISBN 978 3 406 83908 5

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Medienservice Frauchiger e.K.

Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlag: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig

produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 3. Auflage

In der 3. Auflage haben wir die einzelnen Kapitel maßgeblich überarbeitet und erweitert. Die Ausführungen wurden um zahlreiche verdeutlichende Beispiele ergänzt. Die Schwerpunktsetzung wurde verbessert. Zudem hat uns die 3. Auflage Gelegenheit gegeben, das Stichwortverzeichnis umfangreicher zu gestalten. Darüber hinaus haben wir darauf geachtet, den Inhalt so anzupassen, dass sich auch Amtsrichter darin wiederfinden. Schließlich gibt es zahlreiche neue Themen, etwa zum Verfahren nach Aufhebung und Zurückverweisung durch das Revisionsgericht, und beispielsweise eine ausführliche zusammenfassende Beschreibung der Besonderheiten der Nebenklage. Auf vielfachen Wunsch wurde auch das Kapitel zur verfahrensabkürzenden Verständigung maßgeblich erweitert.

An dieser Stelle wollen wir uns auch für alle kritischen Anmerkungen bedanken, die nahezu sämtlich bei der neuen Auflage berücksichtigt wurden. Wir sind auch in Zukunft für Anregungen dankbar. Anregungen, Kritik und Rückmeldungen sind per E-Mail möglich an info@strafrichterliches-dezernat.de.

Mosbach/Bonn/Köln im Dezember 2025

*Alexander Ganter
Jessica Jöbges
Thomas Stollenwerk*

Vorwort zur Voraufgabe

Seit vielen Jahren hört man das Lamento von der überlasteten Justiz. Die Ursachen sind schnell ausgemacht: Konfliktverteidiger, eine nur schwer zu handhabende Prozessordnung und immer komplexerer Verfahrensstoff. Durch zahlreiche Änderungen der Strafprozessordnung sollten die Strafprozesse gestrafft werden, denn die durchschnittliche Dauer von Verfahren, insbesondere bei schwerer Kriminalität, ist erheblich gestiegen. Die Frage, ob Verfahrensverzögerungen hausgemacht sein könnten, ist in der Justiz verpönt.

RiBGH Prof. Dr. Andreas Mosbacher hat in seiner Stellungnahme zum Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens auf die Verantwortung der Justiz hingewiesen. Für eine effektive, auf zügige Erledigung angelegte Verhandlungsführung müsse die Justizverwaltung die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Darüber hinaus müsse dringend in die Fortbildung der Vorsitzenden Richterinnen und Richter an den Landgerichten zum Thema effektive Verhandlungsführung investiert werden.

Dazu soll das vorliegende Buch einen Beitrag leisten. Neben der Darstellung der rechtlichen Fragen, die durch Zitate zur Rechtsprechung ergänzt und erläutert werden, sind an zahlreichen Stellen Tipps zur praktischen Vorgehensweise eingearbeitet. Wir gehen nicht nur auf die Kenntnisse des rechtlichen Handwerkzeugs ein, sondern beschreiben auch die effektive Durchsetzung des Rechts in der Praxis. Neben dem rechtlichen „Ob“ wird vom Eingang der Anklage bis zur mündlichen Urteilsbegründung auch das praktische „Wie“ beschrieben.

Dabei steht die offene und respektvolle Kommunikation im Vordergrund. Ein angemessenes Ergebnis kann nur dann in angemessener Zeit erreicht werden, wenn alle Beteiligten, Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung, mitwirken. Voraussetzung ist daher eine rechtzeitige, offene und transparente Kommunikation. Insbesondere müssen die Beteiligten spätestens zu Beginn der Hauptverhandlung, besser noch vorher, über wesentliche Punkte der geplanten Verhandlung informiert werden. „Offenheit in der Hauptverhandlung ist Ausdruck von Souveränität und verkürzt häufig die Verhandlungsdauer.“ (Mosbacher aaO).

Mosbach/Bonn im Oktober 2020

*Alexander Ganter
Jessica Jöbges
Thomas Stollenwerk*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	V
Vorwort zur Voraufgabe	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Literaturverzeichnis	XXXV
1. Kapitel. Einleitung	1
2. Kapitel. Eingang der Anklage	3
§ 1. Zuständigkeit	3
I. Örtliche Zuständigkeit	3
1. Vor Erlass des Eröffnungsbeschlusses	3
2. Nach Erlass des Eröffnungsbeschlusses	4
II. Sachliche Zuständigkeit	5
1. Vor Erlass des Eröffnungsbeschlusses	6
2. Nach Erlass des Eröffnungsbeschlusses	8
III. Zuständigkeit besonderer Stralkammern	9
§ 2. Zustellen der Anklageschrift	10
I. Adressaten	10
1. Angeschuldigter	10
2. Erziehungsberechtigte	11
3. Jugendgerichtshilfe	11
4. Nebenkläger	12
5. Adhäsionskläger	12
6. Einziehungsbeteiligte	12
7. Finanzbehörde in Steuerstrafverfahren	15
II. Frist des § 201 StPO	15
III. Erklärungen des Angeschuldigten	15
IV. Bestimmtheit der Anklage	16
V. Verteidiger	17
1. Bestellung eines Pflichtverteidigers	17
2. Wahlverteidiger	19
3. Pflichtverteidigerwechsel	20
4. Weiterer Pflichtverteidiger	20
5. Sofortige Beschwerde	21
VI. Übersetzung der Anklage	22
1. Erforderlichkeit	22
2. Dolmetscher	23

§ 3. Haftbefehl	24
I. Beschränkungen	24
II. Haftprüfung, Beschwerde	27
III. Erweiterung des Haftbefehls	30
IV. Sechs-Monats-Vorlage (§ 121 StPO)	30
§ 4. Akteneinsicht	32
I. Umfang	32
II. Verfahren	33
§ 5. Vorstrafakten	34
§ 6. Gutachten	35
I. Behördengutachten	35
II. Sachverständigengutachten	35
§ 7. Zulassung der Nebenklage	37
I. Voraussetzungen	37
II. Anschluss als Nebenkläger	37
1. Sonderproblem: Nebenklage und § 154a StPO hinsichtlich Nebenklagedelikt	38
2. Anschlussberechtigung nach § 395 Abs. 3 StPO	38
III. Anschlussberechtigung	39
IV. Bestellung eines Rechtsanwalts als Beistand	40
V. Akteneinsichtsrecht des Nebenklagevertreters	41
VI. Akteneinsicht des Verletzten	42
VII. Rechtsmittel	43
§ 8. Auslandszeuge	43
§ 9. V-Leute und verdeckte Ermittler	44
§ 10. Terminabsprache	45
I. Verteidiger	45
II. Staatsanwaltschaft und Nebenkläger	48
III. Sachverständige und Zeugen	48
IV. Dolmetscher	48
V. Form	48
VI. Terminstag	49
§ 11. Erkundigung nach dem Verteidiger	49
3. Kapitel. Vorbereitung der Hauptverhandlung	51
§ 12. Feststellung des Streitstoffs	51
I. Bestreiten	51
II. Geständnis	51
III. Teilgeständnis	51
§ 13. Ergänzende Informationsbeschaffung	52
I. Sozialdaten	53
II. Steuerliche Unterlagen	54
III. Ärztliche Unterlagen	54
IV. Kontounterlagen/BaFin-Auskünfte	55

V. Grundbuchauszüge	56
VI. Betreuungsakten	56
VII. Familiengerichtliche Akten	57
VIII. E-Mail-Daten	57
§ 14. Verschlanken der Anklage	58
I. Einstellung gem. §§ 154, 154a StPO	58
II. Abtrennung	59
§ 15. Erörterungstermin	61
I. Anordnung	61
II. Beteiligte	62
III. Form	62
IV. Inhalt	62
V. Protokoll	63
4. Kapitel. Eröffnungsbeschluss	65
§ 16. Verfahren	65
§ 17. Prozesshindernisse	66
§ 18. Rechtliche Würdigung	67
§ 19. Besetzung gem. § 76 GVG	67
§ 20. Beweisanträge	68
5. Kapitel. Planung der Hauptverhandlung	69
§ 21. Ladung der Beteiligten	69
I. Angeklagte	69
II. Verteidiger	70
III. Zeugen	70
IV. Nebenkläger	70
V. Sachverständige	71
VI. Erziehungsberechtigte und gesetzliche Vertreter	71
§ 22. Besetzung	71
I. Berufsrichter	71
II. Schöffen	72
III. Verfahren	74
§ 23. Beweisaufnahme	75
I. Zeugen	75
II. Sachverständige	78
III. Dolmetscher	79
IV. Urkunden	80
V. Augenschein	82
VI. Ausschluss des Angeklagten	82
VII. Ausschluss der Öffentlichkeit	83
VIII. Sicherungsverfügung	83

6. Kapitel. Kommunikation vor der Hauptverhandlung	87
§ 24. Vorberatung mit den Schöffen	87
§ 25. Begrüßung	87
§ 26. Pünktlichkeit	88
7. Kapitel. Leitung der Hauptverhandlung	89
§ 27. Verhandlungsleitung des Vorsitzenden	89
I. Verhandlungsleitung durch den Vorsitzenden	89
II. Worterteilung/Entgegennahme von Anträgen	89
1. Kein Recht auf jederzeitige Worterteilung/Antragstellung	89
2. Kein Selbsthilferecht bei rechtswidrig verweigerter Worterteilung	90
3. Unwirksamkeit von Anträgen und Erklärungen ohne Worterteilung	91
4. Zurückstellung weiterer Wortmeldungen	91
5. Sonderfall: Befangenheitsgesuche	92
6. Sonderfall: Haftprüfungsantrag	93
7. Sonderfall: Beweisanträge	94
8. Reaktion der Verteidiger auf die Zurückstellung	95
III. Wortentziehung	96
IV. Beanstandung nach § 238 Abs. 2 StPO	96
1. Anwendung auch beim Strafrichter?	96
2. Darlegung der rechtlichen Unzulässigkeit	96
3. Darlegung einer Beschwerde	98
4. Keine Frist	98
5. Entscheidung über die Beanstandung	98
a) Entscheidung im Sitzungssaal	98
b) Tenorierung des Beschlusses nach § 238 Abs. 2 StPO	99
6. Wiederholte Beantragung einer Kammerentscheidung	100
7. Sonderproblem: Beanstandung der Bestellung oder Entpfehlung eines Pflichtverteidigers	100
V. Verhandlungsleitende Anordnung durch das Gericht statt des Vorsitzenden	100
§ 28. Kommunikation in der Hauptverhandlung	101
I. Offene Kommunikation als Leitbild	101
II. Normative Grundlagen der Kommunikation	101
1. Erörterung des Verfahrensstandes gem. § 257b StPO	101
2. Verhandlungsleitung des Vorsitzenden	102
III. Initiativrecht	102
IV. Grenzen der Kommunikation	102
1. Bewertung von Rechtsfragen	102
2. Bewertung der Einlassung und Zeugenaussagen	103
3. Wortwahl: „Geschädigte“, „Verletzte“, „Opfer“ etc.	103
4. Ungefragte Nennung einer Straferwartung	104
5. Anregen eines Geständnisses	104

6. „Sanktionsschere“	105
7. Einmischen in die Verteidigungsstrategie	105
8. Unmutsäußerungen	106
9. Kontakte mit Verfahrensbeteiligten außerhalb der Haupt- verhandlung	106
V. Keine Verpflichtung zu offener Kommunikation	107
1. Kein Anspruch auf eine Erörterung gem. § 257b StPO	107
2. Gerichtliche Fürsorge und faires Verfahren	107
VI. Hinweispflicht bei Abweichen von der vorläufigen Bewertung der Sach- oder Rechtslage	108
§ 29. Anordnung schriftlicher Antragstellung (§ 257a StPO)	108
§ 30. Sitzungspolizeiliche Maßnahmen	109
I. Sitzungsgewalt des Vorsitzenden	109
II. Mitwirkung der Justizwachtmeister	110
III. Amtshilfe durch die Polizei	111
1. Vermittlung durch die Gerichtsverwaltung	111
2. Antrag der Verteidigung auf Entwaffnung der Polizeibeam- ten	111
IV. Entfernen von Zuhörern aus dem Sitzungssaal	112
1. Entfernen auf der Grundlage des § 176 GVG	112
2. Entfernen auf der Grundlage des § 177 GVG	112
3. Räumung des Sitzungssaales	113
4. Ausschluss der Öffentlichkeit wegen Störungen	113
V. Entfernen des Angeklagten aus dem Sitzungssaal	114
1. Zuständigkeit	114
2. Anwesenheit nicht unerlässlich	114
3. Gelegenheit zur Äußerung zur Anklage	114
4. Während der Abwesenheit vertritt der Verteidiger bei Hin- weisen und Zustimmungen	114
5. Spätere Wiedenzulassung zur Hauptverhandlung	114
6. Protokollierung	115
VI. Entfernen von Zeugen und Sachverständigen	115
VII. Entfernen des Verteidigers oder sonstiger Rechtsbeistände	115
VIII. Protokollierung	116
IX. Ordnungshaft gem. § 177 GVG	116
1. Anordnung von Ordnungshaft	116
2. Dauer der Ordnungshaft	117
X. Ordnungsmittel wegen Ungebühr gem. § 178 GVG	118
1. Definition der Ungebühr	118
2. Zuständigkeit für die Sanktionierung	119
3. Verfahren und Entscheidung	119
4. Vollstreckbarkeit und Vollstreckung	122
5. Besondere Probleme bei der Verhängung gegen Zuhörer ...	123
a) Identitätsfeststellung	123
b) Gezielte Störungen durch mehrere Zuhörer	125
c) Befangenheitsablehnung des Vorsitzenden durch den Zuhörer	126

d) Heimliche Film- oder Tonaufnahmen durch Zuhörer	126
XI. Ordnungsmaßnahmen gegen Verteidiger	128
1. Ermahnung nach § 176 GVG	128
2. Maßnahmen nach §§ 177, 178 GVG	128
3. Aufhebung der Bestellung zum Pflichtverteidiger	129
a) Vorherige Abmahnung des Pflichtverteidigers	129
b) Aufhebung der Bestellung zum Pflichtverteidiger	130
c) Folgen der Aufhebung der Bestellung zum Pflichtverteidiger auf Folgeverfahren	131
8. Kapitel. Auftakt der Hauptverhandlung	133
§31. Der erste Hauptverhandlungstag	133
I. Aufruf der Sache	133
1. Grundsatz	133
2. Sonderfall: Film- oder Fotoaufnahmen	133
II. Präsenzfeststellung	135
1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten	135
2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten	136
a) Ordnungsgemäße Ladung und Hinweis auf mögliche Zwangsmaßnahmen	137
b) Genügende Entschuldigung des Angeklagten	137
c) Erlass eines Vorführungsbefehls	139
d) Erlass eines Haftbefehls	141
e) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl	142
f) Sonderfall: Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl	142
3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers	142
4. Unentschuldigtes Ausbleiben eines Schöffen	143
III. Zulassung eines „Laienverteidigers“	144
IV. Zulassung eines Ehegattenbeistands	144
V. Hinzuziehung eines Dolmetschers	145
VI. Entfernung der Zeugen	146
VII. Fesselung des Angeklagten	147
VIII. Anträge zur Sitzordnung	148
IX. Antrag auf Aussetzung oder Unterbrechung wegen Verhandlungsunfähigkeit	149
X. Entgegennahme eines Befangenheitsgesuchs	149
XI. Vernehmung zu den persönlichen Verhältnissen	150
XII. Antrag auf Aufzeichnung der Hauptverhandlung	150
XIII. Aussetzungsantrag wegen nicht mitgeteilter Anklageschrift	150
XIV. Aussetzungsantrag wegen nicht rechtzeitiger Übersendung einer neuen Anklageschrift	151
XV. Antrag auf Nichtverlesung des Anklagesatzes	151
XVI. Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit während der Verlesung des Anklagesatzes	152
XVII. Aushändigung des Anklagesatzes an die Schöffen	153

XVIII. Verlesung des Anklagesatzes	154
XIX. Besonderheiten in Berufungsverfahren	155
XX. Besonderheiten bei (Teil-)Aufhebung und Zurückverweisung . .	155
XXI. Bekanntgabe der Erörterungen nach §§ 202a, 212 StPO	155
XXII. „Opening Statement“ des Verteidigers	156
XXIII. Aussetzungsantrag wegen Nichteinhaltung der Ladungsfrist . .	156
XXIV. Aussetzungsantrag wegen verspäteter oder unzureichender Akteneinsicht	156
XXV. Zuständigkeitsrügen	157
1. Rüge der sachlichen Unzuständigkeit (§ 6 StPO)	157
2. Rüge der örtlichen Unzuständigkeit (§ 16 StPO)	157
3. Zuständigkeit besonderer Strafkammern (§ 6a StPO)	157
XXVI. Der Besetzungseinwand (§ 222b StPO)	158
1. Besetzungseinwand und Vorabentscheidungsverfahren	158
2. Entgegennahme des Besetzungseinwandes	159
3. Entscheidung binnen 3 Tagen	159
4. Zuständigkeit	159
5. Antrag auf Unterbrechung zur Prüfung der Besetzung	159
XXVII. Belehrung des Angeklagten über seine Aussagefreiheit	160
XXVIII. Vernehmung des Angeklagten zur Sache	161
XXIX. Antrag auf Ablösung des Sitzungsstaatsanwalts wegen Befan- genheit	161
XXX. Auskunftsbegehren gegenüber Berufsrichtern und Schöffen . .	161
XXXI. Antrag auf Entwaffnung hinzugezogener Polizeibeamter	162
XXXII. Haftprüfungsantrag	163
§ 32. Vernehmung des Angeklagten	163
I. Vernehmung des Angeklagten zur Person	163
1. Gegenstand der Vernehmung	163
2. Art und Weise der Vernehmung	164
II. Vernehmung des Angeklagten zur Tat	164
III. Form der Einlassung	164
1. Einlassung des Angeklagten	164
2. Einlassung über den Verteidiger	164
3. Beweiswert schriftlicher Einlassungen und Einlassungen über den Verteidiger	165
4. Festschreiben des Inhalts der Einlassung für die Revision . .	165
IV. „Unwiderlegbare“ Einlassung des Angeklagten	167
V. Der schweigende oder bestreitende Angeklagte	168
VI. Schweigen und Beweiswürdigung	168
§ 33. Einführung früherer Aussagen des Angeklagten in die Hauptverhandlung	169
I. Die Verwertbarkeit der Angaben des Angeklagten	169
II. Die Art und Weise der Einführung in die Hauptverhandlung . .	170
1. Schriftliche Erklärungen des Angeklagten oder von Mitan- geklagten	170
a) Eigene schriftliche Erklärungen des Angeklagten oder Mitangeklagten	170

b) Anwaltsschriftsatz mit einer Einlassung des Angeklagten oder Mitangeklagten	170
c) Korrespondenz zwischen Angeklagtem und seinem Verteidiger	171
d) Verteidigungsunterlagen des Angeklagten	171
2. Mündliche Äußerungen des Angeklagten (in der Regel bei einer Vernehmung)	171
a) Richterliche Vernehmungsprotokolle	171
b) Nichtrichterliche Vernehmungsprotokolle	172
9. Kapitel. Beweisaufnahme	173
§ 34. Zeugenvernehmung	173
I. Ausbleiben des erwachsenen Zeugen	173
1. Ordnungsgeld, ersatzweise Ordnungshaft, und Auferlegung Mehrkosten	173
2. Vorführungsbefehl gegen den Zeugen	174
3. Vollstreckung	175
4. Rechtsmittel	175
II. Ausbleiben des minderjährigen Zeugen	175
1. Ladung minderjähriger Zeugen	175
2. Folgen des Nichterscheinens	176
III. Verzicht auf die Vernehmung eines Zeugen	176
1. Vernehmungsverzicht bei erschienenem Zeugen	176
2. Vernehmungsverzicht bei geladenem, aber (noch) nicht erschienenem Zeugen	177
IV. Umladung von Zeugen	178
V. Antrag zur Sitzordnung bei der Zeugenvernehmung	178
VI. Antrag auf Aufzeichnung der Zeugenaussage	179
VII. Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung bei zu später Namhaftmachung eines Zeugen	179
VIII. Verfahrensbeteiligte als Zeugen	180
1. Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft als Zeuge	180
2. Notwendiger Verteidiger als Zeuge	181
3. Richter als Zeuge	181
a) Erkennender Richter als Zeuge	181
b) Richter in Parallelverfahren als Zeuge	183
4. Schöffe als Zeuge	183
IX. Die Vorbereitungspflicht des Zeugen	184
X. Die Zeugenbelehrung	184
1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen	184
2. Praktische Probleme der Belehrung	185
XI. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden	185
1. Vernehmung zur Person	185
2. Vernehmung zur Sache	185
3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden	186
a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen („Nörgeln“)	187

b) Förmliche Beanstandungen	187
c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung	188
XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten	189
1. Minderjährige Zeugen	189
2. Leitung durch den Vorsitzenden	190
3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten	190
a) Nicht zur Sache gehörende Fragen	191
b) Ungeeignete Fragen	191
c) Keine Zurückweisung von lediglich bedeutungslosen Fragen	193
d) Fragen bei gefährdeten Zeugen, etwa im Zeugenschutzprogramm	193
e) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen	194
f) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorab-Kontrolle	194
g) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts	194
4. Besondere Fallgestaltungen	195
a) Suggestiv- oder Fangfragen	195
b) Ausnutzen des Frageprivilegs	195
c) Wiederholungsfragen	195
d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann	196
e) Falsche Vorhalte	196
f) Zeugen zur Rechtfertigung drängen („Rollentausch“)	196
g) Den Zeugen überfordern	197
XIII. Vereidigung/Nichtvereidigung des Zeugen	197
XIV. Entlassung des Zeugen	198
XV. Antrag auf Wahllichtbildvorlage bei einer Zeugenvernehmung	198
XVI. Antrag auf Entwaffnung eines Polizeibeamten als Zeugen	199
§ 35. Vernehmung ersetzende Vorführung einer Videoaufzeichnung aus dem Ermittlungsverfahren	200
§ 36. Entfernung des Angeklagten während der Zeugenvernehmung	201
I. Ausschluss zum Schutz der Wahrheitsfindung	201
II. Ausschluss zum Schutz von jugendlichen Zeugen	201
III. Ausschluss zum Schutz der Gesundheit des erwachsenen Zeugen	203
IV. Ausschluss zum Schutz der Gesundheit des Angeklagten	203
V. Unterrichtung des Angeklagten und Entlassung des Zeugen	203
1. Zeitpunkt der Unterrichtung	203
2. Umfang der Unterrichtung	203
3. Protokollierung	204
4. Vorrang der Bild-Ton-Simultan-Übertragung zur Unterrichtung des Angeklagten	204
5. Fragerecht des Angeklagten	205
6. Verhandlung über die Entlassung des Zeugen	205
VI. Beweiserhebungen in Abwesenheit des Angeklagten	206

VII. Zusammenspiel mit dem Ausschluss der Öffentlichkeit	206
VIII. Erforderlich für den Ausschluss: Beschluss der Kammer	207
IX. Protokollbeispiel zur Veranschaulichung	207
§ 37. Zeugnisverweigerungsrechte, § 52 ff. StPO	209
I. Bedingungen des Zeugen an seine Aussage	209
II. Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen, § 52 StPO	209
1. Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht	209
2. Problemfall: Das Verlöbnis	210
3. Problemfall: Inländische Ehe nach islamischem Recht	211
4. Beweisverwertungsverbot bei Ausübung des Zeugungsverweigerungsrechts (§ 252 StPO)	211
5. Problemfall: Minderjähriger Zeuge	212
III. Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen, §§ 53, 53a StPO	213
1. Keine Pflicht zur Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht	213
2. Verteidiger, sonstige Rechtsanwälte, Steuerberater und Ärzte	213
3. Geistliche	213
4. Berufshelfer (§ 53a StPO)	213
5. Zuständigkeit für die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch juristische Personen	213
6. Fälle fehlenden Zeugnisverweigerungsrechts nach § 53 StGB	214
7. Beweisantrag auf Vernehmung eines nach § 53 StGB Zeugnisverweigerungsberechtigten	214
IV. Zeugnisverweigerungsrecht von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, § 54 StPO	214
1. Keine Pflicht zur Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht	214
2. Aussage ohne Aussagegenehmigung	215
3. Allgemeine Aussagegenehmigung für Polizeibeamte	215
V. Zeugnisverweigerung wegen Gefahr für Leib und Leben	215
VI. Zeugnisverweigerung und Beweiswürdigung	216
1. Zeugnisverweigerung aus persönlichen Gründen, § 52 StPO	216
2. Zeugnisverweigerung des Berufsgeheimnisträgers, § 53 StPO	216
§ 38. Auskunftsverweigerungsrecht, § 55 StPO	217
I. Bedingungen des Zeugen an seine Aussage	217
II. Belehrung über das Auskunftsverweigerungsrecht	218
III. Bestehen einer Verfolgungsgefahr	219
1. Praxisrelevante Konstellationen:	219
2. Der wiederholt aussagende Zeuge	220
IV. Zeugenbeistand	221
V. Entscheidung über Auskunftsverweigerungsrecht	221
VI. Beweiswürdigung und § 55 StPO	222

§ 39. Die unberechtigte Zeugnisverweigerung	222
I. Auferlegung der Kosten und Ordnungsgeld, ersatzweise Ordnungshaft	222
II. Anordnung von Beugehaft	223
III. Ordnungsmittel oder Beugehaft gegen lügende Zeugen	224
§ 40. Sachverständigenbeweis	225
I. Der Sachverständige als Gehilfe des Gerichts	225
II. Die Aufgabe des Sachverständigen	226
III. Auswahl des Sachverständigen	226
IV. Belehrung des Sachverständigen	227
V. Anknüpfungstatsachen, Befundstatsachen, Zusatzstatsachen	227
1. Abgrenzung von Anknüpfungs-, Befund- und Zusatzstatsachen	227
2. Relevanz der Unterscheidung von Befund- und Zusatz- bzw. Anknüpfungstatsachen beim Aufbau des Gutachtens auf Urkunden	229
3. Probleme beim Aufbau des Gutachtens auf fachfremde Gutachten	230
VI. Eigene Beweiserhebung durch den Sachverständigen	231
VII. Vereidigung des Sachverständigen	231
VIII. Entbindung des Sachverständigen	231
IX. Ablehnung des Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit	232
1. Entscheidungszuständigkeit	232
2. Ablehnungsberechtigung	232
3. Keine Frist	232
4. Form des Ablehnungsgesuchs	233
5. Ablehnung eines schlechten Sachverständigen	233
6. Ablehnung vorbefasster Privatgutachter	233
7. Folgen der erfolgreichen Ablehnung	234
8. Vernehmung des Sachverständigen trotz Ablehnungsgesuch	234
9. Revisionsgerichtliche Überprüfung	234
X. Aberkennung der Sachverständigenvergütung	234
XI. Schriftliches Vorgutachten	235
XII. Zugänglichmachung der Arbeitsunterlagen des Sachverständigen	236
XIII. Aufzeichnung des mündlichen Sachverständigengutachtens	237
XIV. Anwesenheit des Sachverständigen in der Hauptverhandlung	238
XV. Sonderfall: Behördengutachten	238
1. Art und Weise der Beauftragung	238
2. Prozessuale Behandlung eines Behördengutachtens	239
XVI. Sonderfall: Wirtschaftsreferent als Sachverständiger	240
§ 41. Urkundsbeweis	241
I. Verwertungswiderspruch	241
II. Art und Weise des Urkundsbeweises	241
1. Vorlesen durch den Vorsitzenden oder eines von ihm beauftragten Richters	242

2. Bericht des Vorsitzenden oder eines von ihm beauftragten Richters	242
3. Selbstleseverfahren, § 249 Abs. 2 StPO	242
a) Ablauf des Selbstleseverfahrens	243
b) Anordnung des Selbstleseverfahrens	243
c) Durchführung des Selbstleseverfahrens	245
d) Feststellung des Abschlusses des Selbstleseverfahrens ..	246
e) Selbstleseverfahren zur Wahrung des Beschleunigungsgrundsatzes	247
4. Mittelbare Einführung durch Zeugen oder Sachverständige ..	247
III. Einführen von Vorstrafen	247
IV. Unmittelbarkeitsgrundsatz	248
1. Vorrang des Personal- vor dem Urkundsbeweis	248
2. Durchbrechung des Unmittelbarkeitsgrundsatzes gem. § 256 Abs. 1 StPO	249
a) Zeugnis oder Gutachten öffentlicher Behörden, Nr. 1a ...	249
b) Gutachten öffentlich vereidigter Sachverständiger, Nr. 1b	250
c) Gutachten von Ärzten eines gerichtsärztlichen Dienstes mit Ausschluss von Leumundszeugnissen, Nr. 1c	250
d) Ärztliche Atteste über Körperverletzungen unabhängig vom Tatvorwurf, Nr. 2	250
e) Ärztliche Berichte zur Entnahme von Blutproben, Nr. 3 ..	251
f) Gutachten über die Auswertung eines Fahrtenschreibers, die Bestimmung der Blutgruppe oder des Blutalkoholgehalts einschließlich seiner Rückrechnung, Nr. 4 ..	251
g) Protokolle sowie in einer Urkunde enthaltene Erklärungen der Strafverfolgungsbehörden über Ermittlungshandlungen, soweit diese nicht eine Vernehmung zum Gegenstand haben, Nr. 5	252
3. Urteile und gerichtliche Beschlüsse als im Hinblick auf § 250 S. 2 StPO privilegierte Urkunden	253
a) In Urteilen aus Parallelverfahren / abgetrennten Verfahren dokumentierte Vernehmungen	254
b) Im aufgehobenen Urteil dokumentierte Vernehmungen (Zurückverweisungsfall)	254
c) Erstinstanzliches Urteil im Berufungsverfahren	256
4. Vernehmungsergänzende Verlesung von Protokollen und Schriftstücken	257
a) Vernehmungsergänzende Verlesung von Schriftstücken ..	257
b) Vernehmungsergänzende Verlesung von Vernehmungsprotokollen	257
c) Vernehmungsergänzende Einführung aufgezeichneter Vernehmungen	259
d) Vernehmungsergänzende Einführung niedergeschriebener aufgezeichneter Vernehmungen	259
V. Fremdsprachige Urkunden	260
VI. Zweckmäßiger Zeitpunkt der Einführung von Urkunden	261

§ 42. Augenscheineinnahme	261
I. Beispiele für den Augenschein	261
II. Einnahme des Augenscheins durch das Gericht	262
III. Einschalten eines Augenscheingehilfen	262
IV. Augenschein durch Sachverständige	262
§ 43. Erklärungsrechte nach § 257 StPO	263
I. Erklärungsrecht des Angeklagten	263
II. Erklärungsrecht des Verteidigers	263
III. Zeitpunkt der Erklärung	263
IV. Bezug zur vorangegangenen Beweiserhebung	263
V. Protokollierung	264
VI. Einlassung des Angeklagten im Rahmen der Erklärung nach § 257 Abs. 1 StPO	264
VII. Verpflichtung des Gerichts zur Stellungnahme zu der Erklä- rung?	265
VIII. Risiken für die Revision	265
§ 44. Beweisanträge	265
I. Grundlagen	265
II. Vorliegen eines Beweisantrags	266
1. Antragsberechtigung	267
2. Keine Wiederholung der Beweisaufnahme	268
3. Mündliche Antragstellung in der Hauptverhandlung	269
4. Ernstlichkeit: Kein Schein-/Pseudobeweisantrag	270
5. Schuld- und Straffrage	272
6. Bezeichnung einer Beweistatsache	273
7. Bezeichnung eines Beweismittels	274
8. Konnexität zwischen Beweismittel und Beweistatsache beim Zeugenbeweis	275
a) Beweisthemenbezogene Konnexität	276
b) Beweismittelbezogene Konnexität	276
c) Beispiel für eine Ablehnung bei fehlender Konnexität ..	277
III. Reaktionsmöglichkeiten auf den Beweisantrag	278
IV. Wichtige Ablehnungsgründe	278
1. Ablehnung wegen Unzulässigkeit der Beweiserhebung	278
2. Ablehnung wegen Offenkundigkeit der Beweistatsache	279
3. Ablehnung wegen Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache ..	280
a) Nichtanwendbarkeit bei präsenten Beweismitteln	280
b) Indiztatsachen	281
c) Beweisantrag zur Glaubwürdigkeit eines Zeugen	282
d) Beweisantrag zur Strafzumessung	283
e) Beweisantrag zu Vorstrafen	283
4. Ablehnung wegen Erwiesenheit der Beweistatsache	284
5. Ablehnung wegen völliger Ungeeignetheit des Beweismittels ..	284
a) Völlige Ungeeignetheit des Sachverständigenbeweises ..	285
b) Völlige Ungeeignetheit des Zeugenbeweises	286
6. Ablehnung wegen Unerreichbarkeit des Beweismittels	287
7. Ablehnung wegen Prozessverschleppung	287

8. Ablehnung wegen Wahrunterstellung der Beweistatsache . .	287
9. Ablehnung eines Sachverständigengutachtens wegen eigener Sachkunde	290
a) Nachweis der eigenen Sachkunde	290
b) Grundlagen der eigenen Sachkunde	291
10. Ablehnung der Einholung eines weiteren Sachverständigengutachtens	292
11. Beweisantrag auf Vernehmung von Auslandszeugen	293
a) Erreichbarkeit des Zeugen	293
b) Klärung der Aussagebereitschaft	294
c) Audiovisuelle Vernehmung oder kommissarische Vernehmung des Zeugen im Aufenthaltsstaat	295
aa) Audiovisuelle Vernehmung	295
bb) Kommissarische Vernehmung des Zeugen	295
cc) Ungeeignetheit der audiovisuellen oder kommissarischen Vernehmung	296
d) Beispiel für Ablehnungsbeschluss	297
e) Revisionsrechtliche Überprüfung	299
12. Ablehnung eines Beweisantrags auf Vernehmung einer Vielzahl von Zeugen	299
13. Ablehnung eines Beweisantrages zu verbotenen Vernehmungsmethoden, § 136 StPO oder zu sonstigen Beweisverwertungsverboten	301
V. Austausch und Ersetzung des Beweismittels	301
1. Fallgruppen	301
a) Austausch eines Zeugen durch einen anderen	301
b) Austausch eines Zeugen durch Urkundsbeweis	302
c) Austausch eines Zeugen durch Inaugenscheinnahme	303
d) Austausch eines Zeugen durch ein Sachverständigengutachten	303
e) Austausch des Sachverständigen durch einen anderen	304
f) Austausch des unmittelbaren Augenscheins durch den mittelbaren Augenschein	304
g) Austausch des richterlichen Augenscheins durch einen Augenscheinsgehilfen	304
h) Austausch des Augenscheins durch Urkunden (insbesondere: Telekommunikationsüberwachung)	305
2. Beschluss über Beweisantrag entbehrlich	305
VI. Fristsetzung für Beweisanträge	306
1. Voraussetzung der Fristsetzung	307
2. Einheitliche Fristsetzung an alle Verfahrensbeteiligten	307
3. Art und Weise der Fristsetzung	307
4. Unmöglichkeit früherer Antragstellung	308
5. Umgang mit verfristeten Beweisanträgen	309
6. Erneute Fristsetzung nach weiterer Beweiserhebung	309
VII. Hilfsbeweisantrag	310

§ 45. Selbstladungsrecht des Angeklagten	311
I. Interessenlage	311
II. Verpflichtung des Gerichts zur Vernehmung der Beweisperson	312
1. Einhaltung der Vorschriften über die Selbstladung	312
2. Erscheinen der Beweisperson im Termin	313
3. Keine Ablehnung des Beweisantrags nach § 245 Abs. 2 StPO	313
III. Nach der Vernehmung: Antrag auf die Entschädigung aus der Staatskasse (§ 220 Abs. 3 StPO)	313
IV. Besondere Konstellationen	314
1. Die Beweisperson bleibt unentschuldigt aus	314
2. Beweisperson erscheint trotz fehlender Entschädigung	315
3. Die Entschädigung erweist sich im Termin als nicht ausreichend	315
4. Unangekündigtes Erscheinen der Beweisperson	315
5. Beweisperson auf einen ungünstigen Zeitpunkt geladen	316
6. Die Ladung auf einen Termin nach Beendigung der Hauptverhandlung	317
7. Der Zeuge kann aus Rechtsgründen nicht vernommen werden	317
8. Der inhaftierte Zeuge	317
9. Der selbst geladene Sachverständige ist nicht vorbereitet	318
10. Psychiatrischer Gutachter bei inhaftiertem Angeklagten	318
§ 46. Unterbrechung der Hauptverhandlung	318
I. Zuständigkeit	318
II. Höchstfristen der Unterbrechung	319
1. Die maßgeblichen Fristen	319
a) Grundsatz (Abs. 1): bis zu 3 Wochen	319
b) Verhandlung von mindestens 10 Tagen (Abs. 2): bis zu 1 Monat	320
c) Verhandlung von mindestens 10 Tagen und Erkrankung, Mutterschutz, Elternzeit (Abs. 3): 2 Monate Hemmung durch Beschluss	321
2. Fortsetzung der Hauptverhandlung	322
III. Ladung zum Fortsetzungstermin	323
10. Kapitel. Plädoyer und Urteil	325
§ 47. Schlussvortrag	325
I. Recht zum Schlussvortrag	325
1. Abwesende Verfahrensbeteiligte	325
2. Als Zeuge vernommener Staatsanwaltschaft	325
II. Pflicht zum Schlussvortrag	326
III. Reihenfolge der Schlussvorträge	326
IV. Ausreichende Vorbereitungszeit	326
V. Pflicht zum Ausschluss der Öffentlichkeit (§ 171b Abs. 3 S. 2 StPO)	327
VI. Eingriffe des Vorsitzenden in den Schlussvortrag	328
1. Fallgruppen	328

a)	Zu lange Ausführungen/Redezeitbegrenzung	328
b)	Nicht zur Sache gehörende Ausführungen	328
c)	Herabsetzung anderer Verfahrensbeteiligter	328
2.	Art und Weise des Einschreitens	328
VII.	Recht auf Erwidern	329
§ 48.	Letztes Wort des Angeklagten	329
I.	Allgemeines	329
II.	Mehrere zum letzten Wort Berechtigte	329
III.	Letztes Wort des mit Vertretungsvollmacht ausgestatteten Rechtsanwalts	330
IV.	Grenzen des letzten Wortes	330
V.	Letztes Wort des Erziehungsberechtigten	332
VI.	Sacheinlassung im letzten Wort	332
VII.	Letztes Wort und Wiedereintritt in die Verhandlung	333
VIII.	Protokollierung der Erteilung des letzten Wortes	335
§ 49.	Urteilsverkündung	336
I.	Verlesen der Urteilsformel	336
II.	Die mündliche Urteilsbegründung	336
III.	Bewährungsbeschluss	337
IV.	Fortdauerbeschluss zu Untersuchungshaft oder einstweiligen Unterbringung	338
V.	Entpflichtung des Sicherungsverwahrers	339
VI.	Korrektur der Urteilsformel während der Verkündung	339
VII.	Wiedereintritt in die Verhandlung nach Verlesung der Urteils- formel	340
VIII.	Beweisanträge bei der Urteilsverkündung	340
1.	Beweisantrag kurz vor der Urteilsverkündung	340
2.	Beweisantrag während der Urteilsverkündung	340
IX.	Abwesenheit des Angeklagten oder des Verteidigers während der Urteilsverkündung	342
X.	Rechtsmittelbelehrung	343
XI.	Rechtsmitteleinlegung zum Hauptverhandlungsprotokoll	343
XII.	Arrestbeschlüsse nach der Urteilsverkündung	343
XIII.	Urteilsabsetzungsfrist	344
§ 50.	Strafzumessung	345
I.	Regelstrafrahmen	345
II.	Minder schwerer Fall	345
III.	Besonders schwerer Fall	346
IV.	Regelbeispiele	346
V.	Konkrete Strafe	347
§ 51.	Kosten und Auslagen	347
I.	Kosten- und Auslagenentscheidung	347
II.	Anfechtung der Kosten- und Auslagenentscheidung	348
III.	Inhalt der Kosten- und Auslagenentscheidung	348

11. Kapitel. Besondere Verfahrenskonstellationen	349
§ 52. Besonderheiten in Verfahren nach Aufhebung und Zurückverweisung	349
I. Verfahrensgegenstand im zweiten Rechtsgang	349
1. Vollständige Aufhebung des Urteils aus dem ersten Rechtsgang	349
2. Teilaufhebung des Urteils aus dem ersten Rechtsgang	349
a) Aufhebung im gesamten Strafausspruch	349
b) Aufhebung nur hinsichtlich einiger Taten	350
II. Verfahrensrechtliche Sonderfragen	350
1. Beweiserhebung über die Einlassung und die Zeugenaussagen im ersten Rechtsgang	350
2. Erledigung einer Einzelstrafe nach dem ersten Urteil	351
3. § 154 Abs. 2 StPO oder § 154a StPO nach Rechtskraft des Schuldspruchs	351
4. Erfolgreiche Verständigungsgespräche im ersten Rechtsgang	351
5. Verständigung nach § 257c StPO im ersten Rechtsgang	352
III. Schriftliches Urteil nach Aufhebung und Zurückverweisung	352
1. Allgemeines	352
2. Urteil nach vollständiger Aufhebung des Urteils aus dem ersten Rechtsgang	353
3. Teilaufhebung des Urteils aus dem ersten Rechtsgang	353
4. Kosten- und Auslagenentscheidung	355
§ 53. Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten	355
I. Arten der Verhandlungsunfähigkeit	355
1. Verteidigungsunfähigkeit	356
2. Leibes- oder Lebensgefahr	356
II. Feststellung der Verhandlungsunfähigkeit	357
1. Einholung eines Sachverständigengutachtens	357
2. Atteste des behandelnden Arztes	358
3. Geltung von in dubio pro reo	358
4. Mitwirkungslast des Angeklagten	358
5. Risiken einer Revision	359
III. Beschlussbeispiel	359
§ 54. Verständigungsgespräche vor und während der Hauptverhandlung	360
I. Mitteilungspflicht zu Beginn der Hauptverhandlung	360
1. Verständigungsbezogene Gespräche	360
2. Umfang der Mitteilungspflicht	361
3. Heilung einer vergessenen oder unzureichenden Mitteilung	363
II. Mitteilungspflicht bei Gesprächen während der Hauptverhandlung	364
III. Protokollierung	364
1. Protokollierung der Mitteilung von außerhalb der Hauptverhandlung geführten Gesprächen	364
2. Protokollierung von gescheiterten Verständigungsgesprächen in der Hauptverhandlung	365

IV. Mitteilungspflicht in bestimmten Konstellationen	366
1. Aussetzung der Hauptverhandlung und Neubeginn	366
2. Aufhebung und Zurückverweisung durch das Revisionsgericht	366
3. Berufungsinstanz	366
4. Rücknahme der Anklage und neue Anklage	367
§ 55. Abschluss einer Verständigung im Sinne von § 257c StPO	367
I. Allgemeines	367
II. Sonderfall: Verständigung in der Berufungsinstanz	368
1. Erstmalige Verständigung in der Berufungsinstanz	368
2. Folgen einer beim Amtsgericht getroffenen Verständigung für die Berufungsinstanz	369
III. Sonderfall: Verwertbarkeit einer verständigungsbasierten Verständigung nach Zurückverweisung	369
§ 56. Aussetzungsanträge	370
I. Allgemeines	370
II. Zuständigkeit	370
III. Einzelne Aussetzungsanträge	370
1. Neu hervorgetretene Umstände (§ 265 Abs. 3 StPO)	370
2. Veränderte Sachlage (§ 265 Abs. 4 StPO)	372
3. Nicht mitgeteilte Anklageschrift/fehlende Übersetzung (§ 201 Abs. 1 S. 1 StPO)	372
4. Nicht rechtzeitige Übersendung einer neuen Anklageschrift (§ 207 Abs. 3 StPO)	373
5. Nichteinhaltung der Ladungsfrist (§§ 217, 218 StPO)	373
6. Verspätete oder unzureichende Akteneinsicht	375
a) Entscheidungszuständigkeit	375
b) Entscheidungskriterien	375
c) Risiken für die Revision	377
7. Anfechtung Sperrerklärung V-Person	377
8. Aussetzungsantrag wegen neuer Beweismittel während der Hauptverhandlung	378
IV. Anfechtung der Ablehnung des Aussetzungsantrages	378
§ 57. Einstellungsanträge wegen eines Verfahrenshindernisses	379
I. Zeitpunkt der Entgegennahme des Antrages	379
II. Verweisung auf schriftliche Antragstellung	379
III. Zeitpunkt der Entscheidung über den Einstellungsantrag	379
IV. Beweisaufnahme	380
V. Einzelne Einstellungsanträge	380
1. Einstellung wegen medialer Vorverurteilung	380
2. Einstellung wegen überlanger Verfahrensdauer	380
3. Einstellung wegen Sperrung von Beweismitteln durch die Exekutive (Sperrerklärung)	381
4. Einstellung wegen dauerhafter Verhandlungsunfähigkeit	381
§ 58. Ablehnungsgesuch gegen Richter	381
I. Prozesstaktik: Kurze Beschlüsse bei unbegründeter Ablehnung	381

II. Zulässigkeit des Ablehnungsgesuchs	382
1. Statthaftigkeit	382
2. Ablehnungsberechtigung	382
3. Form des Ablehnungsgesuchs	383
4. Begründung des Ablehnungsgesuchs	385
5. Glaubhaftmachung der Tatsachen	386
6. Keine entgegenstehende „Rechtskraft“	386
7. Rechtzeitige Geltendmachung	386
8. Keine Verschleppungsabsicht oder Verfolgen verfahrens- fremder Zwecke	387
III. Dienstliche Äußerung	388
1. Entbehrlichkeit	388
2. Bekanntgabe der dienstlichen Äußerung	391
3. Inhalt der dienstlichen Äußerung	391
4. Neue Ablehnungsgründe in dienstlichen Äußerungen	391
5. Erklären/Entschuldigen in der dienstlichen Äußerung	391
IV. Zuständigkeit für die Bescheidung	392
1. Entscheidung unter Mitwirkung des abgelehnten Richters und der Schöffen bei Unzulässigkeit	392
2. Entscheidung durch die Vertreterbesetzung	392
3. Zusammensetzung der Vertreterbesetzung	393
a) Ausschluss bei eigener Betroffenheit	393
b) Sukzessive Ablehnung mehrerer Richter	394
c) Gleichzeitige Ablehnung	394
d) Namhaftmachung der zur Entscheidung berufenen Richter	394
V. Wartepflicht nach § 29 StPO	395
1. Allgemeines	395
2. Ende der Wartepflicht	395
VI. Beweisaufnahme, Beweismaß und Beweislast	396
1. Umfang der Beweisaufnahme	396
2. Beweismaß	396
3. Beweislast	397
VII. Entscheidung über das Befangenheitsgesuch	397
§ 59. Nachtragsanklage	398
I. Allgemeines	398
II. Voraussetzungen für die Nachtragsanklage	398
1. Form der Nachtragsanklage	398
2. Inhalt der Nachtragsanklage	398
3. Zuständigkeit	398
4. Zustimmung des Angeklagten	399
5. Ermessen des Gerichts	399
6. Einbeziehungsbeschluss	399
7. Protokollierung	399
8. Folgen der Nichteinbeziehung	400

§ 60. Akteneinsicht in der Hauptverhandlung	400
I. Aussetzungsantrag wegen verspäteter oder unzureichender Akteneinsicht	400
II. Antrag auf Aktenbeiziehung	400
1. Kein allgemeiner Anspruch auf Aktenbeiziehung	400
2. Kombination des Beiziehungsantrages mit weiteren Anträgen	401
3. Zuständigkeit für die Entscheidung	401
4. Entscheidungskriterien	402
5. Umfang der Beiziehung	402
6. Verweis auf eigenes Akteneinsichtsrecht	403
7. Unterbrechungs- und Aussetzungsantrag zur Durchsicht beigezogener Akten	404
8. Risiken für die Revision	404
9. Aktenbeiziehung aufgrund eines Beweisantrages	405
§ 61. Nebenklage	406
I. Voraussetzungen der Nebenklage	406
II. Verfahrensrechte des Nebenklägers und seines Beistandes in der Hauptverhandlung	406
1. Allgemeines	406
2. Beschränkung der Verfahrensrechte auf die zum Anschluss berechtigten Straftaten?	407
3. Beteiligung des Nebenklägers an Einstellungen	407
a) Einstellung nach § 153 StPO	407
b) Einstellung nach § 153a StPO	408
c) Einstellung nach § 154 StPO	408
d) Beschränkung der Strafverfolgung nach § 154a StPO	408
4. Einstellung der Tat mit dem Nebenklagedelikt	408
III. Rechtsmittel	409
§ 62. Adhäsionsverfahren	409
I. Wirksame Stellung des Antrages	409
II. Zulässigkeit des Adhäsionsantrages	410
1. Wirksamer Antrag	410
2. Statthaftigkeit des Adhäsionsverfahrens	411
3. Antragsbefugnis	411
4. Feststellungsinteresse bei Feststellungsanträgen	411
III. Wirkung des Antrages	411
IV. Anwendbares Verfahrensrecht	412
1. Grundsatz: Es gilt die Strafprozessordnung	412
2. Anwendbarkeit ausgewählter zivilprozessualer Vorschriften	412
V. Vergleich	413
VI. Urteil	413
§ 63. Gerichtsbesetzung bei Entscheidungen anlässlich der Hauptverhandlung	415
I. Mitwirkung der Schöffen	415
1. Mitwirkung an Entscheidungen außerhalb der Sitzung	415

2. Das Problem des gesetzlichen Richters, insbesondere bei Haftentscheidungen	416
II. Mitwirkung der Berufsrichter	416
1. Entscheidungen in der Sitzung	416
2. Entscheidungen außerhalb der Sitzung	417
§ 64. Teilurteile durch Abtrennung in der Hauptverhandlung	418
§ 65. Öffentlichkeit der Hauptverhandlung	420
I. Hauptverhandlungen im Gerichtsgebäude	420
II. (Orts-)Termine außerhalb des Gerichtsgebäudes	421
1. Hinweis auf Ort und Zeit des Ortstermins im Gerichtsgebäude	421
2. Hinweis am Ort des Ortstermins	422
3. Zutritt für die Öffentlichkeit	422
4. Zuspätkommen zum Ortstermin	422
5. Sitzungsgewalt in Ortsterminen	423
III. Öffentlichkeit in Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende	423
IV. Ausschließung der Öffentlichkeit	424
1. Verhandlung über den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit	424
2. Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit	425
a) Unterbringungsverfahren, § 171a GVG	425
b) Schutz des persönlichen Lebensbereichs, § 171b Abs. 1 bis 3 GVG	426
c) Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 172 GVG	428
3. Beispiel für den Ausschluss der Öffentlichkeit während der Vernehmung des Opfers	430
4. Sonderfall: Erneute Vernehmung eines Zeugen	430
5. Gegenvorstellungen gegen den Ausschluss der Öffentlichkeit	431
V. Ausschluss polizeilicher Prozessbeobachter	431
VI. Mitschreiben durch Zuschauer	432
§ 66. Gegenvorstellung	433
I. Allgemeines zur Gegenvorstellung	433
II. Bescheidung der Gegenvorstellung	433
1. Begründung mit einer abweichenden Würdigung	434
2. Geltendmachung neuer/abweichender Tatsachen	434
III. Anordnung der schriftlichen Antragstellung, § 257a StPO	434
IV. Antrag auf ergänzende Begründung einer Entscheidung	434
12. Kapitel. Protokollierung der Hauptverhandlung	437
§ 67. Das Hauptverhandlungsprotokoll	437
I. Diktat in das Hauptverhandlungsprotokoll	437
II. Protokollierung von Anträgen und Erklärungen	438
1. Allgemeines	438
2. Anträge und Erklärungen ohne vorherige Worterteilung	439
III. Protokollierung des Urkundsbeweises	440

IV. Protokollierung von Vernehmungsbehelfen	440
§ 68. Protokollierungsanträge	441
I. Antrag auf Protokollierung der gesamten Zeugenaussage	441
II. Antrag auf Protokollierung eines Teils der Zeugenaussage	442
1. Entgegennahme und Bescheidung des Antrags	442
2. Häufung von Protokollierungsanträgen	443
3. Zulässigkeit des Antrags auf wörtliche Protokollierung	443
4. Probleme der Protokollierung	443
5. Verfahren der wörtlichen Protokollierung	444
6. Ablehnung des Protokollierungsantrages	444
III. Antrag auf Protokollierung einer Inaugenscheinnahme	445
IV. Protokollierung eines Vorgangs in der Hauptverhandlung	445
V. Antrag auf Herausgabe einer Abschrift des Protokolls	446
§ 69. Aufnahme anfechtbarer oder zu vollstreckender Beschlüsse in das Protokoll	446
I. Der Normalfall	446
II. Sonderfall: Vollstreckbare oder anfechtbare Beschlüsse	447
III. Sonderfall: Ordnungsmittelbeschluss wegen Ungebühr nach § 178 GVG	448
§ 70. Inhaltsprotokoll beim Amtsgericht	449
13. Kapitel. Besondere Verfahren	451
§ 71. Berufungsverfahren	451
I. Vorprüfung bei Eingang der Akten beim Berufungsgericht	451
II. Annahmoberufung	452
III. Berufungseinlegungsfrist	452
IV. Unbestimmtes Rechtsmittel	453
V. Berufung des Nebenklägers	453
VI. Beschränkung der Berufung	454
1. Allgemeines	454
2. Ausreichende Feststellungen zum Schuldumfang	454
3. Schuldunfähigkeit	454
4. Trennbarkeit der Rechtsfolgen	455
5. Nachträgliche Beschränkung	455
VII. Ausbleiben des Angeklagten	455
VIII. Ablauf der Hauptverhandlung	457
IX. Beschwerde neben der Berufung	458
X. Kosten- und Auslagenentscheidung	458
XI. Strafrechtsentschädigung (StrEG)	458
XII. Haftfortdauer	459
XIII. Entziehung der Fahrerlaubnis	459
XIV. Unerledigte Beschwerde und Berufungseinlegung	459
§ 72. Sicherungsverfahren	460
I. Voraussetzungen	460
II. Verfahren	461
III. Urteil	463

IV. Übergang ins Strafverfahren	463
V. Kein Übergang ins Sicherungsverfahren	464
§ 73. Beschleunigtes Verfahren	467
§ 74. Strafbefehlsverfahren	468
I. Zulässigkeit	468
II. Entscheidung des Gerichts	469
III. Rechtsmittel	470
IV. Ausbleiben des Angeklagten	470
V. Strafbefehl nach Eröffnung des Hauptverfahrens	472
§ 75. Beschwerde gegen Entscheidungen in oder während der Hauptverhandlung	472
14. Kapitel. Strafaussetzung zur Bewährung und Bewährungs- überwachung	475
§ 76. Voraussetzungen und Durchführung der Strafaussetzung	475
I. Voraussetzungen der Strafaussetzung	475
II. Bewährungszeit	476
III. Auflagen	476
IV. Weisungen	476
V. Bewährungshilfe	477
VI. Nachträgliche Änderung	477
§ 77. Straferlass oder Widerruf der Strafaussetzung	478
I. Straferlass nach Ablauf der Bewährungszeit	478
II. Widerruf der Strafaussetzung	478
III. Zuständigkeit des Gerichts 1. Instanz	479
IV. Zuständigkeit der Strafvollstreckungskammer	481
§ 78. Besonderheiten in Jugendstrafverfahren	482
I. Anwendbarkeit des Jugendgerichtsgesetzes (JGG)	483
II. Die Jugendgerichte	483
1. Sachliche Zuständigkeit	483
2. Örtliche Zuständigkeit	484
III. Verfahrensbeteiligte im Jugendstrafverfahren	484
1. Der Beschuldigte	484
2. Erziehungsberechtigte und gesetzliche Vertreter	485
3. Jugendgerichtshilfe	485
4. Bewährungshelfer	486
IV. Notwendige Verteidigung	486
V. Strafbefehl und Privatklage	486
VI. Öffentlichkeit der Hauptverhandlung	486
VII. Verteidigung in Jugendstrafverfahren	487

Anhang 1	Grober Fahrplan – Ablauf der Hauptverhandlung	489
Anhang 2	Prüfungsschema für Beweisanträge	495
Anhang 3	Übersicht Strafrahmenverschiebung gem. § 49 Abs. 1 StGB	497
Anhang 4	Tenorierungen	499
Anhang 5	Abgrenzung Zuständigkeit Vorsitzender – Spruchkörper	503
Anhang 6	Verlegung des Sitzungstages versus Anberaumung eines ordentlichen Sitzungstages	509
Anhang 7	Checkliste Bewertung von Zeugenaussagen	511
	Stichwortverzeichnis	513